

senhafte Reservsarmee von Unterstützungs- und Rentenempfängern benutzt, um die allgemeine Lage der Arbeiter durch Lohndruck, Rationalisierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herabzudrücken. Obwohl der Haushalt der westdeutschen Kolonialrepublik ein Defizit von rund 3 Milliarden Westmark aufweist, müssen auf Befehl der Hohen Kommissare Monat für Monat 50 bis 70 Millionen Westmark nach Westberlin überwiesen werden, die für die westdeutschen Werktätigen eine zusätzliche Steuerbelastung darstellen. Mit diesen Mitteln wird Westberlin jedoch nicht geholfen, sondern der wirtschaftliche Verfall noch vertieft und die Katastrophe in die Länge gezogen.

Die Westberliner Bevölkerung ist zugleich dem Trommelfeuer der Kriegspropaganda und der lügenhaften Hetze ausgesetzt. Kann es da wundernehmen, daß sich seit der imperialistischen Intervention Amerikas in Korea gerade in Westberlin eine wahre Panik zeigte, die sich in Angstkäufen, im Hamstern von Konserven und sonstigen Lebensmitteln bemerkbar machte? Aber ebensowenig ist daran zu zweifeln, daß die Westberliner Bevölkerung gerade darum den Frieden will, daß sie die Wiederherstellung der Einheit der Hauptstadt Deutschlands wünscht, daß sie einen gesamtdeutschen Friedensvertrag, den Abzug aller Besatzungstruppen und den planmäßigen Wiederaufbau der Berliner Friedensindustrie ersehnt. Das grandiose Friedenstreffen der deutschen Jugend in Berlin hat nicht wenig dazu beigetragen, die Vorurteile bei der Westberliner Bevölkerung zu zerschlagen, die durch die anglo-amerikanische Hetze geschaffen wurden. Die Kriegstreiber und ihre Agenten wissen sich angesichts dieser veränderten Situation keinen besseren Rat, als ihre Lügenhetze und den Terror gegen die demokratischen Organisationen und in erster Linie gegen unsere Partei zu verschärfen. Am Vorabend unseres Parteitages wurden an einem Tage nicht weniger als 1100 Friedenskämpfer bei der Sammlung von Unterschriften für die Ächtung der Atomwaffe verhaftet und zum Teil in der brutalsten Weise mißhandelt. (Pfui-Rufe.)

Unsere Berliner Parteiorganisation hat jedoch selbstkritisch feststellen müssen, daß sie den Kampf um den Frieden vernachlässigt hat und ihn nicht so offensiv und durchschlagend entfaltet, wie das die Situation in Berlin erfordert. Sie hat das Friedenstreffen der deutschen Jugend völlig ungenügend zur Entfaltung der Unterschriftensammlung für die Ächtung der Atombombe, für die Bildung von Friedenskomitees, für die breite Verankerung der Friedensbewegung ausgenutzt. Als besondere Schwäche der Berliner Parteiorganisation muß man es ansehen, daß sie dem Kampf